

# Gesundheitspolitik global: Staaten weiten ihren Einfluss aus

Bertelsmann-Stiftung analysiert Folgen der Finanzkrise

*Die Folgen der Weltfinanzkrise werden die großen Volkswirtschaften noch lange spüren. Auch die Gesundheitssysteme sind davon nicht ausgenommen. Die Bertelsmann-Stiftung hat nun untersucht, wie verschiedene Industriestaaten in der Gesundheitspolitik auf die Krise reagieren und erkennt zwei Grundmuster: Während einige Länder auch bei der Gesundheit sparen, setzen andere auf Ausgabensteigerungen.*

Zur Sparfraktion gehören Kanada und Australien. So wurden in der an sich reichen kanadischen Provinz Alberta zahlreiche Leistungen gestrichen oder gekürzt. Besonders betroffen ist der Krankenhausbereich. Wo immer es geht, werden Behandlungen nicht mehr stationär, sondern ambulant durchgeführt. Auch die Zahl der Pflegeplätze will die Provinzregierung reduzieren. Die Gewerkschaften laufen Sturm gegen die Pläne der liberalen Regierungsmehrheit. Die australische Regierung will Besserverdiener stärker belasten. Das steuerfinanzierte Gesundheitswesen wird „down under“ durch private Zusatzversicherungen ergänzt. Bislang gab es dazu staatliche Zuschüsse und zwar unabhängig vom Einkommen des Versicherten. Dieser Zuschuss soll nun gekürzt und für Besserverdiener sogar komplett gestrichen werden. Innerhalb von vier Jahren sollen so 1,3 Milliarden Euro eingespart werden. Die Labor-Regierung spricht von der Abschaffung von Privilegien für Gutverdiener und die Versicherungswirtschaft.

## **Wien setzt auf Kostendämpfung**

Einen entgegengesetzten Weg beschreitet die österreichische Regierung. Die Krankenkassen der Alpenrepublik haben in den letzten Jahren ein Defizit von über einer Milliarde Euro angehäuft. Die Regierung in Wien erklärt sich nun bereit, bis 2013 rund 600 Millionen Euro zusätzlich für die medizinische Versorgung zur Verfügung zu stellen. Im Gegenzug will sie aber ihren Einfluss auf die Krankenkassen ausdehnen und sie verpflichten, Maßnahmen zur Kostensenkung einzuleiten. Mehr staatliche Kontrolle im Gesundheitswesen

strebt auch die Schweizer Regierung an. So will die Regierung die Honorare der Ärzte und Krankenhäuser senken, was bereits zu massiven Protesten geführt hat. Auch auf dem Versicherungsmarkt interveniert die Politik. So sollen Geringverdiener höhere Zuschüsse zu ihren Krankenversicherungsbeiträgen bekommen. Gleichzeitig soll die Selbstbeteiligung an den Behandlungskosten erhöht werden.

## **Altes gegen neues Amerika**

Für den amerikanischen Präsidenten Barack Obama kann die Reform des Gesundheitswesens zu einer Schicksalsfrage werden. Noch ringt er mit Kongress und Senat um eine Lösung für die rund 50 Millionen nichtversicherten Amerikaner. Vorgesehen ist, ihren Versicherungsschutz durch eine Besteuerung der Krankenversicherungspolice zu finanzieren. Das würde vor allem die Bezieher mittlerer Einkommen stärker belasten. Sie müssten neben höheren Steuern auch mit Leistungskürzungen und einer steigenden Selbstbeteiligung rechnen. Beobachter sprechen deshalb von einem Machtkampf des „alten Amerikas der weißen Oberschicht“ mit dem neuen Obama-Amerika. Vor allem die Republikaner werfen dem Präsidenten vor, mit seiner Gesundheitsreform die bewährte Allianz zwischen der Politik und der privaten Versicherungswirtschaft zu gefährden.

Zu den Ländern, die ihre Ausgaben ausweiten, zählt der Bertelsmann-Studie zufolge auch Deutschland. So wird der Steuerzuschuss zum Gesundheitsfonds dieses Jahr krisenbedingt um 3,9 Milliarden Euro erhöht. Insgesamt fließen damit 2010 fast 16 Milliarden Euro aus dem Staatshaushalt an die Krankenkassen. Im Gegensatz zu anderen Staaten verzichtet die schwarz-gelbe Bundesregierung aber bislang darauf, im Gegenzug ihren Einfluss auf das Gesundheitswesen zu vergrößern. „Wie man ohne staatliches Eingreifen die Gesundheitskosten in den Griff bekommen will, bleibt abzuwarten“, meinen die Autoren. Kostendämpfungsmaßnahmen wie in Österreich oder der Schweiz halten sie mittelfristig für unvermeidbar.